Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

3.3.1864 (No. 53)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. März.

Nr. 53. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

Hamburg, 29. Febr. Man telegraphirt der Wiener „Presse": „Die Vermittlung bei F.M. v. Wrangel, behufs welcher Prinz Karl sich in das Hauptquartier begeben, ist bis zur Stunde erfolglos geblieben."

Hamburg, 1. März. (Presse.) Kopenhagener Nachrichten zufolge hat der Minister des Auswärtigen, Hr. v. Quaade, noch vor Bekanntwerden der Weigerung Frankreichs, auf die Konferenz einzugehen, seine Demission angeböten, welche jedoch nicht angenommen wurde.

Turin, 2. März. (W. T.-B.) Die „Italia" vom Gestrigen meldet, die dritten und vierten Bataillone der 42 in Venetien stehenden österreichischen Regimenter seien beordert, vor dem 15. d. zu ihren Regimentern zu stoßen. Alsdann stünden 160,000 Mann in Venetien.

Paris, 2. März. (W. T.-B.) Briefe aus Mexiko im heutigen „Moniteur" bestätigen die Kapitulation Campeche's und den Ruin Juarez's, dessen letzte Hilfsquellen Campeche waren.

Deutschland.

Stuttgart, 29. Febr. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer richtete der Abg. Hopf folgende Interpellation an die Staatsregierung:

Beabsichtigt die Regierung, die Ständekammer abermals zu vertagen, 1) ohne die an dieselbe von der Kammer gerichtete Bitte zu erfüllen, die Bestimmungen über das Vereinswesen mit den Ständen zu reguliren; 2) ohne den Bundesbeschluß über die Preßpolizei und die damit in Verbindung stehende Verordnung den Ständen vorzulegen; 3) ohne die Bestimmungen der Verfassung über die Wahlen der Abgeordneten zu revidiren; 4) ohne zur Wiederaufnahme der Revision der Verfassung die erforderlichen Einleitungen zu treffen; 5) ohne die Verbesserung des so lästigen Heerwesens einzuführen; 6) ohne eine Vorlage für ein Eisenbahn-Netz an die Stände zu bringen?

Bei der Endabstimmung über das Israelitengesetz wird dasselbe mit 78 gegen die Stimme von Wächter angenommen.

München, 29. Febr. Die „Bayer. Ztg." schreibt:

Wir haben heute Morgen die Resolutionen der Erlanger Landesversammlung unsern Lesern telegraphisch mitgetheilt. Dieselben stimmen im Wesentlichen überein mit den Intentionen der bayrischen Regierung. Auch sie erwartet eine wahre Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nur von der völligen Trennung der Herzogthümer von Dänemark unter ihrem rechtmäßigen Herzog Friedrich VIII. Auch sie ist, wie wir wissen, von der Pflicht der Beharrlichkeit und unerschütterlichen festen Handelns in dieser nationalen Sache erfüllt, von der Ueberzeugung, daß es aller Kräfte der gleichgesinnten deutschen Regierungen bedarf, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Ein Dissens mit den Beschlüssen der Erlanger Landesversammlung liegt nur in Bezug auf die bisherigen Schritte, auf das Verfahren der bayrischen Regierung vor. Jene will sofortige „Aufbietung der bayrischen Wehrkraft" und „Einberufung des Landtags". Wir können versichern, daß die bayrische Regierung damit gewiß nicht säumen werde, sobald Pflicht und Ehre es gebieten. Wir wiederholen jedoch bei diesem Anlaß, daß die bayrische Armee seit dem Jahr 1858 vollkommen ausgerüstet dasteht.

Gotha, 28. Febr. (Weim. Ztg.) In Anwesenheit des Herzogs war heute im hiesigen Logengebäude ein außerordentlicher Schützentag, an welchem Abgeordnete aus allen deutschen Ländern Theil nahmen. Neben der Revision der Satzungen wurde vornehmlich die Frage diskutirt, ob das Schützenfest dieses Jahr in Bremen abgehalten werden solle. Von Bremen aus hatte man sich gegen diese Abhaltung ausgesprochen, und es wurde nach ziemlich lebhafter Debatte, in welcher bremischer Seits die politischen Verhältnisse, unter denen Bremen, als Handelsstadt, besonders leide, hauptsächlich hervorgehoben wurden, die Abhaltung des Festes für dieses Jahr abgelehnt, dagegen beschlossen, das Fest im künftigen Jahre, und zwar in Bremen, zu feiern, wenn bis Ende September von dort die Bereitwilligkeit hiezu erklärt werden würde.

Leipzig, 29. Febr. (D. A. Ztg.) Der Staatsminister v. Beust verweilte gestern mehrere Stunden in unserer Stadt und konferirte mit dem koburg-gothaischen Minister v. Seebach, sowie mit dem Minister von Weimar, v. Watzdorf. Abends reiste er nach Dresden zurück.

Dresden, 29. Febr. Der „Nat.-Ztg." zufolge läuft hier das Gerücht um, daß Hr. v. Beust um seinen Abschied eingekommen sei, da die Realisirung seiner Pläne in der schleswig-holsteinischen Frage beim König auf Hindernisse stoße. Von anderer Seite wird jedoch die Wahrheit dieses Gerüchts in Zweifel gezogen.

Hannover, 29. Febr. (Fr. J.) In der Zweiten Kammer interpellirte R. v. Bennigsen die Minister wegen der letzten Abstimmung Hannovers am Bunde. Es verlaute, daß Hannover zwar der kleinen Majorität für Nichtzulassung des dänischen Gesandten sich angeschlossen, aber nicht für die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolls gestimmt habe. Das vermehre die Unklarheit, in welcher das Land sich über die Stellung der Regierung zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit befinde. Es wäre daher wünschenswerth, wenn der Wortlaut der Abstimmung mitgetheilt würde, um so mehr, als das Land, nachdem Hannover wie Kurhessen bedauerlicher Weise den Würzburger Besprechungen sich nicht angeschlossen habe, Verlangen trage, zu wissen, welche Haltung die Regierung jetzt einnehmen würde? Der Justizminister Windthorst glaubte, die Abstimmung Hannovers würde nur Billigung finden, und verlas den Wortlaut derselben, der genau mit der von den Blättern schon veröffentlichten Abstimmung Kurhessens übereinstimmt. — In Betreff des Urantrags wegen Niedersetzung eines Schleswig-Holstein-Ausschusses haben bekanntlich beide Kammern verschiedene Beschlüsse gefaßt. v. Bennigsen schlug heute vor, man möge die überflüssiger Weise von der Ersten Kammer beliebten Aenderungen in dem Urantrage adoptiren, um nur überhaupt vom Fleck zu kommen. Die Zweite Kammer trat diesem Vorschlage bei, und wird daher morgen die Schleswig-Holstein-Kommission gewählt werden.

Rostock, 25. Febr. (Südd. Z.) So eben erscheint im Regierungsblatt ein großh. Erlaß, wonach „zur Vertheidigung der unsern Landen angehörigen Ostseeküsten gegen Feindseligkeiten dänischer Kriegsschiffe" ein militärischer Küstenschutz angeordnet und das Kommando desselben dem Obersten v. Langermann übertragen ist. Alle obrigkeitlichen Behörden der an der Ostseeküste und in deren Nähe belegenen Orte mit Einschluß der Magistrate der Seestädte Rostock und Wismar werden angewiesen, nicht blos mit dem genannten Truppenbefehlshaber, so viel in ihren Kräften steht, in Uebereinstimmung zu handeln und seine Maßregeln thunlichst zu unterstützen, sondern auch etwaigen Anordnungen, die derselbe zur wirksamen Sicherung des Hauptzweckes für nothwendig erachtet, unweigerlich pünktliche Folge zu leisten. — Heute Morgen ist das Gardebataillon von Schwerin hier eingerückt, eine Kompagnie desselben sofort nach Warnemünde gegangen. — Dem Großherzog sind von dem König von Preußen die Insignien des Rothen-Adler-Ordens mit Schwertern verliehen. In dem Begleitschreiben gibt der König seine Freude darüber zu erkennen, daß der Großherzog in den Reihen der preußischen Armee die Feuertaufe rühmlich bestanden habe.

Kiel, 28. Febr. Den „Hamb. Nachr." zufolge besteht das dänische Militär, das von Seeland nach der Insel Fehmarn (durch den Fehmarn-Sund von Holstein getrennt) gebracht wurde, aus ungefähr 70 Mann unter 1 Offizier. Es heißt, daß andere 30 Mann folgen sollen. Es sind alte Reservisten. Schon vor längerer Zeit war bekannt, daß ein dänisches Kanonenboot im Fehmarn-Sund stationirt worden ist. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Insel Fehmarn dem Herzog Friedrich gehuldigt hat; man darf deßhalb darauf gespannt sein, wie sich die Dänen gegen die Bewohner benehmen werden.

Kiel, 29. Febr. (Schl.-Holst. Bl.) Vorgestern war hier eine Deputation von der Insel Sylt anwesend, die dem Herzog eine Adresse der Bewohner dieser Insel überbrachte. Von der großen Deputation aus Schleswig hatte man dort, weil die Kommunikation seit längerer Zeit unterbrochen gewesen, nichts erfahren. Die Adresse hatte im Ganzen 283 Unterschriften.

Itzehoe, 27. Febr. (Sch. Mrk.) Der Purifikationsprozeß in Schleswig geht seinen Gang ruhig weiter. Wo die „schwarzen Gendarmen", die Schullehrer und Beamten nicht sogleich geflohen sind, gibt die Bestimmung in dem Dekret der Zivilkommissäre, daß bestimmte Unwürdigkeits- und Unfähigkeitsgründe angegeben werden müssen, Anhaltspunkte genug, sie zu entfernen. Amtmann Thomsen-Oldensworth, der in seinem Bezirk mit Ein- und Absetzung betraut ist, hat alle Schullehrer und Prediger aus den sogenannten gemischten Distrikten der Aemter Husum und Bredstedt, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, von ihren Aemtern entlassen. — In Kopenhagen befinden sich noch immer die Unteroffiziere und die Kapelle des aufgelösten 14. (lauenburgischen, deutschen) Regiments. Dieselben sind, umgeben von ihren wüthenden Feinden, einem traurigen Schicksal preisgegeben.

Dänisch Wohld, 25. Febr. (Kiel. Wchbl.) Gestern gegen Abend erschien in Gettorf eine Abtheilung preußischer Dragoner mit dem Auftrag, eine Versammlung zum Zweck der Ernennung von Deputirten für die Landesdeputation nach Kiel, welche morgen in Kiel dem Herzog Friedrich für ganz Schleswig huldigen wird, zu verhindern. Die Abtheilung wurde von der Bevölkerung auf das freundlichste aufgenommen und bewirthet, und die Ernennung der Deputation ist bis auf heute Morgen, nachdem die Dragoner den Rückweg angetreten hatten, verschoben worden.

Schleswig, 26. Febr. (Nat.-Ztg.) Es ist hier folgender Aufruf erschienen:

Im vollen Vertrauen auf den Patriotismus der Bewohner der Stadt Schleswig haben sich Endesunterschriebene zu einem Komitee zu dem Zweck vereinigt, bei der am 27. d. M. stattfindenden Lizitation eine auf städtischem Grund liegende Schanze zur Demolirung zu übernehmen und die Lizitationssumme den Wittwen und Waisen der gefallenen tapfern Soldaten der alliirten Armee zu schenken. — Wir fordern demnach die Bewohner Schleswigs auf, sich durch Namensunterschrift zu verpflichten, durch persönliche Theilnahme dieses patriotische Werk ausführen zu helfen. Schleswig, den 24. Febr. 1864. Karl Schmidt. J. Römer. J. W. Höber. Brüning. H. Schulz. Raabe.

Die Theilnahme wird eine außerordentlich große sein. Alt und Jung wird selbst Karren schieben und graben. Zur Demolirung ist die große Schanze am Bustorfer Teich, nahe dem Eingang der Stadt, erkoren.

Schleswig, 29. Febr. (Köln. Z.) Die Demolirung des Danewerkes hat heute begonnen; 2000 Arbeiter sind dabei beschäftigt und die Arbeit wird bald vollendet sein. Das Barackenlager wurde heute versteigert; die geladene Munition ist in die Schlei geworfen worden.

Aus **Flensburg,** 27. Febr., wird der „Hamb. Börs.-H." geschrieben: „Der Kabinetsrath des Herzogs von Koburg, Hr. Dr. Tempeltey, war vor einigen Tagen mit genügenden schriftlichen Legitimationen hieher zurückgekehrt. Er hatte die Absicht seiner Rückkehr bereits von Schleswig aus dem Frhrn. v. Zedlitz angezeigt und demselben hier alsbald sein Akkreditiv vorgelegt. Nichtsdestoweniger erschien vorgestern Abend ein preußischer Polizeihauptmann im Hotel „Zur Stadt Hamburg" und forderte den dort anwesenden Dr. Tempeltey auf, ihm zu folgen. Letzterer wurde zwar nach kurzer Vernehmung wieder entlassen, mußte sich aber schon am nächsten Morgen abermals aus Flensburg entfernen."

Flensburg, 27. Febr. Man schreibt der „Hamb. Börsenhalle": An der Abtragung des Löwendenkmals ist gestern mit so rüstigem Eifer gearbeitet worden, daß Abends nur noch die Vorderfüße und das Hintergestell auf dem Postament standen. Zuerst wurden die Hautreliefbilder der Generale und die Inschriftstafeln vom Sockel gelöst, dann wurde zunächst der obere Theil des Löwenkopfes losgeschraubt und hinabgewunden. Der Löwe besteht aus einer Anzahl zusammengefügter Stücke, welche an einander gelegt und durch Schrauben befestigt sind. Die Fortschaffung des Postaments wird spätestens bis morgen früh beendet sein. Die einzelnen Stücke der Statue und des Sockels werden sorgfältig in Kisten verpackt und auf Blockwagen verladen, um dann per Eisenbahn zunächst nach Altona geschafft zu werden. Der Metallwaaren-Händler Lorenzen, welcher das Denkmal auseinander nimmt, hat von den Zivilkommissären die Erlaubniß erlangt, dasselbe zum Besten der schleswig-holsteinischen Invaliden in verschiedenen Städten auszustellen. Von den dänischgesinnten Einwohnern der Stadt sind Anfangs 2000 Mk. Crt. für das Denkmal geboten worden, gestern erhöhten sie die Summe auf 5000 Thlr., aber vergebens. Wenn der Löwe seine Rundreise vollendet hat, sollen aus dem Metall Denkmünzen mit seinem Bilde und einer passenden Inschrift geprägt werden. [Dagegen schreibt man der „Volksztg." aus Flensburg, 28. Febr.: „Plötzlich erhielten die Leiter des Unternehmens den Befehl, in ihrer Arbeit inne zu halten und den Löwen, welcher zur Schaustellung zum Besten der Hinterlassenen der im Kampf Gefallenen bestimmt war, in polizeilichen Gewahrsam abzuliefern."]

Flensburg, 29. Febr. (Köln. Z.) Prinz Karl von Preußen ist im Hauptquartier des Feldmarschalls v. Wrangel eingetroffen. Heute wird die Entscheidung von Berlin erwartet, ob die Truppen zerstreute Cantonnements gegen Garantie Dänemarks, die Grenze zu respektiren, beziehen, oder ob der Vormarsch nach Jütland fortgesetzt werden soll.

Gravenstein, 28. Febr. (N. Pr. Ztg.) Obwohl in den letzten Tagen, seit die Dänen ein weiteres Eindringen in Jütland nicht mehr befürchten, vom Norden her mehrere Transportschiffe mit Mannschaften bei Sonderburg angelangt sind, ist doch von Kriegsbegebenheiten nichts zu berichten, als daß noch immer zahreiche Deserteure aus den feindlichen Vorposten eintreffen, welche als Schleswiger sofort in ihre Heimath entlassen werden. — Am Freitag empfing der Prinz Friedrich Karl den Besuch des kaiserl. F.M.L. v. Gablenz, der an dem gemeinschaftlichen Diner des Hauptquartiers Theil nahm; bei dieser Gelegenheit brachte der Prinz einen sehr herzlichen Trinkspruch auf den Kaiser und unsere tapfern österreichischen Waffenbrüder aus, der von dem Feldmarschall-Leutnant in eben so herzlichen Worten erwiedert wurde. Am Samstag, Nachmittags 5 Uhr, traf der Prinz Karl mit drei Adjutanten hier ein, und nahm an der Feier des Tages Theil, an welchem vor 50 Jahren der König bei Bar sur Aube das Eiserne Kreuz erwarb.

Berlin, 28. Febr. Die Berliner Geistlichkeit hat dem König von Preußen eine Adresse in Sachen Schleswig-Holsteins überreicht, welcher wir folgende Stelle entnehmen:

Unsere deutsch-evangelischen Brudergemeinden im Herzogthum Schleswig sind größtentheils, wie weltbekannt, seit langen Jahren in ihren heiligen Rechten von ihrer damals rechtmäßigen dänischen Obrigkeit im schreienden Widerspruch mit ihren übernommenen Verpflichtungen aufs tiefste verletzt worden. Treue Diener und Lehrer des Evangelii, welche, die Sprache ihrer Gemeinen sprechend und mit den Sitten derselben verwachsen, in Kirche und Schule das christliche Leben in liebender Hingebung pflegten, wurden mit Willkür und Gewalt aus ihren Aem-

tern vertrieben. Miethlinge, zum Theil ziemlich zweifelhaften Charakters und Rufes, wurden Gemeinen, deren Sprache und Sitten sie nicht kannten und liebten, aufgezwungen. Die gemeinsame gottesdienstliche Erbauung der Erwachsenen, der Unterricht der Jugend in der Muttersprache wurde verboten und unmöglich gemacht. Durch theilweise oder vollständige Unterdrückung des Gottesdienstes und Unterrichts in der Muttersprache ist dem Evangelium in Kirche und Schule der Weg zu dem Herzen des Volks versperrt, das Mißtrauen selbst gegen das Evangelium nahe gelegt, sofern dieses nur aus dem Munde von Predigern kommt, die ihr heiliges Amt zum Werkzeug der Dänisirungsplane entweihen. Schleswig müßte, wenn nicht Hilfe käme, diesem systematisch betriebenen Plane Dänemarks schon bald erliegen. Auch dem engverbundenen Herzogthum Holstein ist die Gefahr immer empfindlicher nahe gerückt, zumal schon jetzt Kirche und Schule Holsteins unter einem holsteinischen Ministerium in Kopenhagen stehen, in welchem die Kirche nicht einmal durch einen geistlichen Rath vertreten ist. So wurde das Heiligste, was ein einzelner Mensch, was eine kirchliche Gemeine besitzt, mit Füßen getreten. So wurden unsere deutsch-evangelischen Brüder an denjenigen Gütern beraubt, auf welchen des Lebens Werth und ganze Bedeutung beruht. Durch die Hand des heiligen gerechten Gottes ist die Lage der Dinge in den Elb-Herzogthümern urplötzlich eine andere geworden, so daß zur Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit für die Kirche und Schule daselbst wieder freie Bahn sich eröffnet. Wir hoffen zu Gott, daß endlich die Zeit gekommen ist, wo die Vergewaltigung der deutschen evangelischen Kirche, besonders in Schleswig, nun ein Ende nehmen und die Wiederkehr solcher Verwüstungen in dem innersten Leben des Volks für immer werde unmöglich gemacht werden. Königliche Majestät! Der König von Preußen ist es, durch den vor Allen nach Gottes Rathschluß die Verhältnisse in den deutschen Herzogthümern geregelt, durch den feste Rechtsgrundlagen dort gelegt werden sollen. Der König von Preußen hat nach seiner erhabenen Stellung und durch das unveräußerliche Erbe glorreicher Vorfahren den hochherrlichen Beruf, der Schirmherr der evangelischen Kirche in deutschen Landen zu sein. Zu dem König von Preußen, als unserm allergnädigsten König und Herrn, nehmen wir deßhalb im tiefen Mitgefühl für unsere liebenden Brüder voll Hoffnung und Vertrauen unsere Zuflucht. Königliche Majestät! Wir bitten eben so unterthänigst wie inständig: Es wolle Ew. Majestät mit Allerhöchstderselben von dem König der Könige verliehenen Macht allergnädigst dafür eintreten, daß das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein in Kirche und Schule vollständig hergestellt und gesichert, daher in kein Abkommen eingewilligt werde, bei welchem die Fortdauer dänischer Verwaltung und Regierung alle Verheißungen und rechtlichen Stipulationen abermals illusorisch machen kann.

Der König hat hierauf folgende Antwort ertheilt:

Die Sache, für welche Sie Meine Theilnahme und Fürsorge erbitten, liegt Mir selbst am Herzen. Die Bedrängnisse der evangelischen Kirche und Schule deutscher Zunge in Schleswig habe Ich seit langem schmerzlich empfunden, und sie bilden einen der wichtigsten Punkte, für welche Ich Mich entschlossen habe, Abhilfe zu fordern. Ich habe es Mir daher angelegen sein lassen, den diesseitigen Kommissär der Zivilverwaltung unverzüglich mit den erforderlichen Weisungen zu versehen, um der deutschen Bevölkerung Schleswigs zu ihrem vollen Recht in Kirche und Schule zu verhelfen, und es ist das Ziel Meiner Bestrebungen, einen Zustand herbeizuführen, in welchem diese Rechte künftig nicht mehr in Frage gestellt werden können. Ich werde den Ausdruck der Wünsche der Berliner Geistlichkeit gerne entgegennehmen und ersuche Sie zu dem Ende, Mir die Adresse schriftlich zu übersenden. — Berlin, den 17. Febr. 1864. (gez.) Wilhelm.

Berlin, 29. Febr. (Köln. Z.) Die Zweifel an dem Zustandekommen der Konferenz sind durch die heutigen Nachrichten eher verstärkt als entkräftet worden. Zwar wollen Pariser Privatschreiben im Widersprnch mit den französischen Zeitungen wissen, der von Kopenhagen gewünschte Aufschub habe darin seinen Grund, daß die dänische Regierung die öffentliche Meinung schonen wolle, die einer auf den Frieden gerichteten Berathung in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit widerstrebe. Nach einem kurzen Zwischenraum und mit Hilfe irgend eines durch die Ereignisse dargebotenen thatsächlichen Arguments werde sich Dänemark willfähriger zeigen. Diese Ansicht steht indessen für jetzt isolirt, und man kann ihr nicht ohne Weiteres Glauben schenken. Die Aufmerksamkeit ist weit mehr auf die aus dem Sundewitt erwarteten Nachrichten, als auf die Bulletins über den Stand der Konferenzfrage gerichtet. Die ministeriellen Zeitungen feiern inzwischen die Fortdauer, oder richtiger, wenn auch weniger offiziös ausgedrückt, die Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich. Sonst sind mancherlei Gerüchte über das Einvernehmen der drei nordischen Mächte im Gange, welches Frankreich seiner Gewohnheit gemäß nicht aus den Augen verlieren soll. Preußen und Rußland standen sich während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Systems sehr nahe. Oesterreich war bei Gelegenheit des kriegerischen Vorgehens in Schleswig-Holstein wenigstens bis auf eine bestimmte Linie hinzugetreten. Neuerdings sollte, wie man weiß, einige Besorgniß in Wien bemerkbar gewesen sein wegen etwaiger preußischer Sonderplane. Man fürchtete, daß diese entweder auf der wenigstens stillschweigend vorausgesetzten Zustimmung Frankreichs fußten, oder einen Krieg mit Frankreich herbeiführen könnten. In beiden Seiten der Alternative erblickte man eine Gefahr für Oesterreich, ganz abgesehen davon, daß spezielle preußische Bestrebungen in Wien gewöhnlich kein Wohlgefallen erregen. Wiener Stimmen ließen denn auch ein gewisses Mißtrauen deutlich genug durchblicken. Jetzt scheint man vielleicht zum Theil in Folge der Manteuffel'schen Mission nach dieser Seite mehr beruhigt zu sein. Darin haben die erneuten Gerüchte über die nordische Allianz auch für weitere Eventualitäten ihren Ursprung.

◆ **Berlin,** 1. März. Gutem Vernehmen nach ist der diesseitige Bundestags-Gesandte, Geh. Rath v. Sydow, von seinem Posten abberufen, und der seitherige Vertreter Preußens am königl. belgischen Hof, Geh. Rath v. Savigny, zu dessen Nachfolger ernannt worden. Schon seit einigen Wochen waren hier Gerüchte von dem in Aussicht stehenden Rücktritt des Hrn. v. Sydow in Umlauf. Hr. v. Savigny, welcher in Folge besonderer Berufung vor 8 Tagen von Brüssel nach Berlin gekommen war, wird sich binnen kurzem auf seinen neuen Posten nach Frankfurt a. M. begeben. Bekanntlich fungirte Hr. v. Savigny früher als Vertreter Preußens an den Höfen von Karlsruhe und Dresden. — Gestern Morgen ging ein Transport von etwa 50 Rekonvaleszenten aus den hiesigen Lazarethen nach Schleswig ab, wo die Mannschaften bei ihren Truppentheilen wieder eintreten. — Der in außerordentlicher Mission hier anwesende kaiserl. österreichische General Fürst v. Liechtenstein hatte gestern Nachmittag eine Unterredung mit dem brittischen Botschafter Sir A. Buchanan. Gestern Vormittag stattete der Fürst dem Prinzen August von Württemberg Kön. Hoh., kommandirenden General des Gardekorps, einen Besuch ab, und besichtigte dann in dessen Begleitung mehrere hiesige Kasernen.

Gestern kamen beim hiesigen Stadtgericht mehrere Preßprozesse zur Verhandlung. Der Redakteur der „Voss. Ztg.", E. Müller, war der Verhöhnung von Anordnungen der Obrigkeit beschuldigt. Es handelte sich dabei um einen am 10. Dez. v. J. von diesem Blatt gebrachten Artikel über den Antrag Preußens und Oesterreichs auf Okkupirung Schleswigs. Der Gerichtshof fand den Angeklagten schuldig und verurtheilte denselben zu 30 Thlr. Geldbuße, event. 14 Tagen Gefängniß. Sodann wurde gegen den Redakteur des „Kladderadatsch", Dohm, wegen Beleidigung des Oberhauptes eines deutschen Bundesstaates verhandelt. Die Anklage bezog sich auf ein am 15. Nov. v. J. veröffentlichtes Gedicht über die von der regierenden Fürstin von Reuß angeordnete Prinzessinnensteuer. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde Dohm vom Gerichtshofe zu einer fünfwöchentlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. In einem ebenfalls gestern erledigten Preßprozeß gegen die in Leipzig erscheinende „Deutsche Allgem. Ztg." handelte es sich um Vernichtungsanträge gegen fünf Artikel, und zwar in Nr. 43, 46, 47, 50 und 51 dieses Blattes. Alle inkriminirten Artikel enthielten Besprechungen der preußischen Politik in der schleswigschen Frage und waren auf Grund von §. 101 des Strafgesetzbuchs wegen Haß und Verachtung erregender Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit unter Anklage gestellt. In allen fünf Fällen wurde vom Gerichtshofe auf Vernichtung erkannt. Gestern erfolgte hier schon wieder eine Beschlagnahme der „Deutsch. Allgem. Ztg.", nämlich der Nr. 97 des Blattes.

†† **Wien,** 1. März. Die Konferenz darf zur Zeit als gescheitert betrachtet werden. Es mag dahingestellt bleiben, welche Gründe England hatte, dieselbe den beiden deutschen Großmächten zu einer Zeit vorzuschlagen, wo es bereits gewiß war, daß Dänemark seine Theilnahme an Bedingungen knüpfen würde, welche diese Mächte niemals zulassen konnten, an Bedingungen, welche kaum der Sieger zu diktiren berechtigt gewesen wäre, und es mag ebenfalls dahingestellt bleiben, ob nicht gerade die vollständige Kenntniß der Stimmung in Kopenhagen es gewesen, welche für Frankreich die Veranlassung war, seine friedlichen Gesinnungen zur Schau zu tragen. Aber sicher ist es, daß Dänemark die Konferenz nur unter unmöglichen Bedingungen, daß es sie also gar nicht will; mehrfach wird die Vermuthung ausgesprochen, daß Frankreich der Aufstellung dieser Bedingungen nicht fremd gewesen.

Italien.

* **Marseille,** 1. März. Briefe aus Rom vom 27. v. M. melden, daß ein Edikt die Abgabe auf das Mehl aufhebt. Ein päpstlicher Gendarmeriehauptmann, der sich über die Grenze begeben hatte, ist verhaftet worden. Fünfzehn Personen sind in Rom in Folge des an den beiden Kommis eines Geldwechslers verübten Mordes verhaftet worden.

Frankreich.

Paris, 28. Febr. (Köln. Ztg.) Der Beschluß der französischen Regierung bezüglich des von dem Erzherzog Ferdinand Max beantragten Anlehens ist Letzterem bereits mitgetheilt worden. Danach willigt Frankreich in eine Anleihe von 200 Millionen Franken (beantragt waren 250). Hievon würden dem Erzherzog 28 Millionen zur Installation zukommen; 39 Millionen würden in der französischen Depot- und Konsignationskasse niedergelegt werden, um die Zahlung der beiden ersten Quoten der englischen Forderung an Mexiko zu garantiren, und andere 29 Millionen sind zur Zahlung der ersten Rate an Frankreich bestimmt. Das übrige Geld würde dann die neue mexikanische Regierung zu Staatszwecken verwenden können. Die Aufbewahrung von 39 Millionen für England kann als eine sehr weise Vorsichtsmaßregel gelten, da sie der ganzen Operation an der Londoner Börse viel Kredit verschaffen wird. Das Anlehen soll ein 6prozentiges sein, und zu 70 Franken ausgegeben werden. Es ist daher kaum zu bezweifeln, daß eine so vortheilhafte Geldanlage das Publikum sehr ansprechen wird. Auch ist neuerdings die Rede davon, daß Frankreich 25,000 Mann in Mexiko lassen will. Die französische Regierung würde diese Truppen nach dem Friedensfuße selbst bezahlen, während die mexikanische Regierung das Plus für die außerordentlichen Unterhaltungskosten im fremden Lande decken würde.

* **Paris,** 1. März. Das „Pays" erfährt aus London, daß Graf J. Russell, weit entfernt, sich durch den Mangel an Erfolg seiner Vorschläge muthlos machen zu lassen, nochmals eine neue Note an den Deutschen Bund, an Oesterreich und an Preußen gesandt habe. Der englische Minister erkläre sich darin der Personalunion nicht abgeneigt. Gleichzeitig dringe er in den König Christian von Dänemark, daß dieser sich kategorisch und unbedingt für oder gegen die Konferenz erkläre.

ʒ **Paris,** 1. März. Die „France", Organ des Hrn. Drouyn de Lhuys, greift heute abermals die „unüberlegte" Politik Englands an, um sie der „klugen" Haltung Frankreichs entgegenzustellen.

England — sagt die „France" — welches trotz der Bemerkungen des Hrn. Drouyn de Lhuys seine Protestationen fortsetzte, ohne sie durch eine Aktionspolitik zu unterstützen, sah die Ereignisse geschehen, die Beschlüsse fassen, und die Invasion Dänemarks vollziehen, trotz seiner diplomatischen Noten und Bemühungen. Man achtete weder auf seine Warnungen, noch auf seine Drohungen, weil man wohl wußte, daß die That den Worten nicht folgen werde; man antwortete nur durch ausweichende Erklärungen, deren Zweideutigkeit die Minister mit einer eines bessern Schicksals würdigen Offenheit zugestanden. Frankreich im Gegentheil wahrte vollständige Freiheit des Handelns, welche ihm gestattet, ohne durch unzeitige Schritte gebunden zu sein, die Ereignisse zu beobachten und zu warten.

Die Ankunft des Erzherzogs Maximilian in Paris wird dem Vernehmen nach eine neue Verzögerung erleiden; es scheint, daß der Erzherzog, welcher die mexikanische Kaiserkrone noch keineswegs definitiv angenommen hat, die Absicht hegt, vorher noch in London einen Besuch abzustatten. — Die dreitägige Appellationsfrist, welche das Gesetz den verurtheilten vier Italienern einräumte, ist gestern Abend abgelaufen; nur Angelo Scaglioni legte Berufung ein. — Gestern Abend fand im Odeontheater die erste Vorstellung des „Marquis de Villemer" von Georges Sand statt. Der Kaiser, die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Napoleon wohnten der Aufführung bei. Angeblich wegen der feindseligen Stimmung des gewöhnlichen Publikums aus dem Quartier latin gegen die Verfasserin hatte die Behörde ausgedehnte Vorsichtsmaßregeln getroffen. Gegen diese fand keinerlei Manifestation statt; dagegen mußte einem Versuch, die Marseillaise anzustimmen, durch mehrere Verhaftungen ein Ende gemacht werden.

Hr. Bravay soll das Blatt „la Nation" gekauft haben. — Gegen den des Renanismus verdächtigen protestantischen Pastor Coquerell fand in der Kirche de l'Oratoir eine Manifestation statt; das Konsistorium hat ihm die Erlaubniß zum Predigen entzogen. — Auch in der Rue de la paix kam es zu einer Manifestation; Hr. Elissagarey, welcher über Alfred de Musset las und ihn als Mensch wie als Dichter übel behandelte, wurde gezwungen, seine Vorlesung zu unterbrechen. — Heute fand im Reitercircus die Generalversammlung der Aktionäre des Kanals von Suez statt. Von der so lärmend angekündigten Opposition gegen Hrn. v. Lesseps zeigte sich kaum eine Spur, repräsentirt durch 3 oder 4 Mitglieder. Der häufig applaudirte, mit Ausfällen auf England reich gespickte Vortrag des Hrn. v. Lesseps schloß mit den Worten: „Der Vizekönig von Egypten stellt die Angelegenheit des Kanals dem Kaiser anheim, und was der Kaiser thun wird, wird wohlgethan sein." Hr. v. Lesseps gab seinen Aktionären die Versicherung, daß bis zum Jahr 1867 der schiffbare Kanal hergestellt sein werde. — An der wenig belebten Börse war man hauptsächlich mit Liquidation der Rente beschäftigt, die mit 30 C. Report 66.35 bleibt. Cred. Mob. 1056 nach 1040. Ital. Anl. sehr flau, 67.55.

Von der französischen Grenze, 29. Febr. (Köln. Ztg.) Die Konferenzfreude ist diesmal nicht von langer Dauer gewesen. In Paris ist man natürlich über das wiederholte Fiasco der englischen Diplomatie nicht eben betrübt, aber man sagt mir wiederholt, der Kaiser sei so sehr von der Existenz einer eventuellen Allianz der drei nordischen Mächte überzeugt, daß seine Politik sich friedlicher gestalten dürfte, als man glaubt. — Mit dem Erzherzog Maximilian ist man noch nicht einig, und hat dieser seine Reise nach Paris aufgeschoben. Der künftige Kaiser von Mexiko wünscht, daß die französischen Truppen, welche Frankreich in Mexiko zurücklassen wird, unter sein Kommando gestellt werden, d. h. daß dort der französische Oberkommandant lediglich von den Befehlen der mexikanischen Regierung abhängig gemacht werde. In Paris ist man damit nicht einverstanden, da man es als eine Herabsetzung betrachtet, kaiserlich französische Truppen einer fremden Regierung unterzuordnen.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Febr. Die neue Adresse des Reichstags an den König, worüber verschiedene Mitglieder beider Thinge, darunter die HH. Ploug und H. Hage, vorher einig geworden waren, wurde gestern Abend in einer kurzen Landsthingssitzung ohne Diskussion angenommen. Sie spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß der König die Freiheit vertheidige und nicht wolle, daß Dänemark durch die Preisgebung der Union mit Schleswig geschwächt werde; daher energische Fortsetzung des Krieges. (s. u.) Im Landsthing wurde die Adresse einstimmig, im Folkething mit 64 gegen 4 Stimmen angenommen; fünf, darunter Tscherning, stimmten nicht, und 27, darunter der Geh. Rath Hall, waren nicht zugegen. Der Conseilspräsident Monrad stimmte mit Ja. Er sprach sich nicht über die politische Situation aus, benützte jedoch die Gelegenheit, einzuschärfen, daß zwischen dem König und Volk kein Mißtrauen bestehen könne, daß der König vielmehr nach der Verfassung ohne Verantwortlichkeit und unverletzlich sei; wer dies vergesse oder dagegen handle, begehe einen Verfassungsbruch. Mißtrauen könne stets nur das verantwortliche Ministerium treffen.

Kopenhagen, 26. Febr. Der dänische Reichsrath hat in veränderter Form eine bereits vor mehreren Wochen vorbereitete, später wegen der Abwesenheit des Königs sistirte Adresse an den König beschlossen. In dem Landsthing dagegen erfolgte die Annahme erst nach längerer Debatte und nach Verwerfung mehrerer von dem Obersten Tscherning gestellter Amendements. Der erste Abschnitt der Adresse spricht sich über die Bundesexekution in Holstein und die Besetzung „des dänischen Landes Schleswig, welches im Jahr 1721 abermals inkorporirt und dabei der Krone Dänemarks garantirt wurde," in sehr heftigen Ausdrücken gegen die deutschen Mächte aus. Dann heißt es weiter:

Allergnädigster König! Unter so ernsten Verhältnissen fühlt Ew. Majestät getreuer Landsthing (Volksthing) das Bedürfniß, sich im Namen des Volkes, welches denselben erwählte, offen und ohne Vorbehalt gegen seinen König zu äußern. Ein Krieg gegen die Uebermacht wird große und schwere Opfer fordern, aber derselbe wird doch da, wo Vertrauen zwischen König und Volk regiert, mit der Hoffnung auf ein gutes Ergebniß geführt werden. In dieser verhängnißvollen Stunde müssen wir unsern Trost in dem Umstande suchen, daß die Sache des Volkes die des Königs ist, daß Ew. Maj. getreu unsere Freiheit und Selbständigkeit beschützen und nicht gestatten werden, daß in Zukunft

unter irgend einem Rechtstitel die Vormundschaft über die Grenzen Dänemarks ausgedehnt oder die Verbindung zwischen dem Königreich und Schleswig abgeschwächt werde. Nach der bestimmten Erklärung der Regierung Ew. Majestät darf das Volk darauf bauen, daß die ganze Kraft des Landes zur Fortführung des Krieges aufgeboten werde, sowie daß Ew. Majestät sich bestreben werden, es Europa klar zu machen, daß unser nationales Leben und unsere freie Selbstbestimmung niemals geopfert werden dürfen. Ew. Majestät können darauf bauen, daß die Segnungen der Freiheit die Liebe des Volkes zum Vaterlande und gleichzeitig dessen Bereitwilligkeit zur Darbringung jedes Opfers für das Recht und die Ehre Dänemarks gestärkt haben. Wenn in solcher Weise gegenseitiges Vertrauen König und Volk verbindet, werden Beide freudigen Muths den Chancen und Gefahren des Kriegs entgegensehen können. Heil dem König! Heil unserm tapfern Heere! Heil unserm geliebten Vaterlande!

Donaufürstenthümer.

— Aus Paris wird bestätigt, daß Frankreich in der rumänischen Klosterfrage dem englischen Standpunkt, der eine Entschädigung in Anspruch nimmt, im Prinzip zugestimmt habe. Eine etwaige Konferenz in gegebener Zeit würde daher fast nur ein alsdann vielleicht schon zu Stande gekommenes Arrangement in formeller Weise zu registriren haben.

Großbritannien.

London, 29. Febr. Der „Morn.-Post" zufolge wäre Dänemark eine Frist von 14 Tagen gestellt worden, um sich wegen Annahme des Konferenzvorschlages auszusprechen.

In der „Times" tritt Professor Max Müller abermals für Deutschland gegen Dänemark in die Schranken. Auf die Argumentation der drei Spalten langen Zuschrift, die sich mit großer Bitterkeit über Preußen und Oesterreich ausspricht und für die Mittel- und Kleinstaaten Partei ergreift, können wir hier nicht eingehen und begnügen uns damit, folgende Stelle hervorzuheben:

England nimmt stark für Dänemark Partei, aber noch stärker, das weiß ich, für einen ehrlichen Kampf. Die Sympathie für den Schwachen ist ohne Zweifel der stärkste, aber keineswegs der einzige Beweggrund, weßhalb sich die öffentliche Meinung auf die Seite Dänemarks gestellt hat. Denn am Ende kennen Diejenigen, welche die öffentliche Meinung in England leiten, denn doch den Unterschied zwischen den Regeln des Hahnenkampfes und den Grundsätzen der europäischen Staatsweisheit, und wissen, wie auf allen Lebenspfaden der Schwache auf seine Schwäche pocht. Vieles haben die Anstrengungen der Dänen selbst zu Stande gebracht und sie haben ihren Erfolg in England redlich verdient. Es gereicht den Dänen und ihren Freunden nicht zur Schande, daß sie ihre Sache in jeder Zeitung, jedem Klub und jedem Salon Londons so geschickt und eifrig vertheidigt haben. Hierin, wie in so manchen andern Dingen könnten die Deutschen etwas von ihren Feinden lernen.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 27. Febr. 6. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Begründung der Motion des Geh. Raths Dr. Bluntschli. (Schluß.)

Zu §. 5. (Industrie und Kapital.) Die große Bedeutung dieses ausgezeichneten Elements für den Staat gehört erst der neuern Zeit an. Man kann verschiedene Meinungen haben über den Vorzug dieser modernen oder der ältern Aristokratie des Grundadels, aber man kann den gewaltigen Einfluß des Großhandels und der großen Fabrikation auf die gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart und auf den Staat nicht wegläugnen und darf daher diese Bestandtheile nicht mißachten. Wenn heute der Fabrikant Hunderte oder Tausende von Arbeitern beschäftigt und der Großhändler ein aufmerksames Auge hat auf die Bedürfnisse und die Entwicklung der heutigen Welt, so sind das ausgezeichnete Eigenschaften, welche ihnen einen gerechten Anspruch auf Theilnahme in einem Hause sichern, das berufen ist, die Spitzen der höhern Klassen der Gesellschaft zu sammeln. Der Natur der Dinge gemäß ist dieses Element beweglicher als das der großen Grundbesitzer. Die Letztern repräsentiren mehr den vorherigen Bestand der öffentlichen Ordnung, die Erstern mehr das Streben nach Verbesserung der Zustände. Aus diesem Grund hat der Vorschlag die Zahl der Repräsentanten der Bewegung etwas geringer bestimmt, als die Zahl der Großgrundbesitzer; denn bei gleicher Zahl kommt das aktive Moment der Bewegung allzu sehr in den Vorsprung, und die Repräsentation des vorherigen Bestandes wird leicht zu schwach, um das erforderliche Gleichgewicht zu erhalten.

Zu §. 6. (Höhere Lehranstalten.) Die Interessen der höhern Wissenschaft werden immer nur von einer Minderheit verstanden, und doch sind dieselben vorzugsweise der Beachtung würdig. Bis jetzt wurden dieselben insofern berücksichtigt, als die beiden Universitäten eine ständige Vertretung hatten. Indessen darf heute die polytechnische Schule wohl den ältern Universitäten an die Seite treten. Was diese an klassischer Bildung und Würde und höchster Geistesfreiheit voran haben, das wird durch die mehr auf die realen Bedürfnisse der neuen Zeit hingewendete Brauchbarkeit der technischen Wissenschaften schicklich ergänzt und ersetzt.

Zu §. 7. (Größere Städte.) Auch die größern Städte haben für sich als Mittelpunkte des höhern Kulturlebens eine Bedeutung, die sie über die große Masse der Gemeinden eigenthümlich emporhebt und, wie dies auch in andern Staaten geschieht, einen besondern Sitz in der Ersten Kammer rechtfertigt. Das gilt aber nur von den größten Städten des Landes. Nimmt man als Maßstab an mehr als 20,000 Einwohner, so gilt das nur von Karlsruhe und Mannheim; aber in verhältnißmäßig kurzer Zeit werden auch Freiburg und später Heidelberg wohl dieses Maß erreichen. Will man diese beiden jetzt schon aufnehmen, so kann man das erforderliche Maß auf 15,000 Seelen vermindern.

Zu §. 8. (Ernannte Mitglieder.) Die bisherige Einrichtung, Ernennung je auf zwei Jahre, steht wohl einzig da in der Organisation von Ersten Kammern. Als zuerst das Zweikammersystem eingeführt wurde, mochte dieselbe einen guten Sinn haben. Die Regierung stand einer ungewissen Zukunft gegenüber und wollte ihren Einfluß im Interesse der Einheit des Ganzen und gegenüber dem vielleicht feindlichen Widerstand einzelner Klassen bewahren und stärken. Offenbar haben sich die Dinge auch hier geändert und es bedarf so schneidender Mittel nicht mehr, die hinwieder das Gefühl der Selbständigkeit der ernannten Mitglieder stören und vor allen Dingen den Glauben an Selbständigkeit in der öffentlichen Meinung nicht aufkommen lassen. Die Wirksamkeit einer Ersten Kammer ist aber ohne innere Selbständigkeit ihrer Mitglieder und ohne Vertrauen darauf im Volke fortwährend gefährdet.

In weit den meisten Ländern geschehen solche Ernennungen auf Lebenszeit, wesentlich in der Absicht, die Selbständigkeit der Mitglieder gegen den Einfluß der Regierung zu stärken und dieser hinwieder in einem dauerhaften und des Widerstandes fähigen Körper eine festere Stütze zu gewähren. Ich möchte nun nicht unser System aufgeben und das der übrigen Staaten damit vertauschen, denn auch die Lebenslänglichkeit hat ihre großen Gefahren. Nicht Jedermann behält im höhern Alter die geistige Frische bei, und nicht selten nimmt mit den Körperkräften auch die Fähigkeit des Urtheils ab. Auch halte ich den Grundgedanken unserer Einrichtung von periodischen Ernennungen für vorzüglich und durchaus zweckmäßig. Theils durch den Wechsel der Ernennungen, theils durch neue Gesammternennung im Fall der Kammerauflösung ist der Staatsregierung ein Mittel in die Hand gegeben, Mißgriffe zu beseitigen, neue Kräfte herbeizuziehen, älter und schwächer gewordene zu entfernen, die vielleicht gestörte Harmonie der drei Faktoren, ohne die kein gesundes Staatsleben möglich ist, wieder herzustellen. Daher trage ich auf Verbindung der beiden Methoden der Ernennung und bei der periodischen auf eine größere Amtsdauer an. Eine geringere Anzahl wird nach dem Antrag auf Lebenszeit ernannt, damit hier die nöthige Selbständigkeit zur Geltung komme, und die größere Zahl auf eine volle Kammerperiode von 8 Jahren, mit vierjähriger Erneuerung der Hälfte, bezeichnet, damit hier jene allgemeinen Zwecke ohne Gefährdung des Ansehens der Kammer und ihrer Mitglieder erreicht werden.

Zu §. 9. (Theilnahme an den Wahlen zur Zweiten Kammer.) Der bisherige Ausschluß der Mitglieder der Ersten Kammer und der grundherrlichen Wähler von den Wahlen zur Zweiten Kammer kommt meines Wissens so nirgends vor und hat seinen Grund ohne Zweifel in ständischen Gegensätzen und Vorurtheilen, welche einer vergangenen Zeit angehören, zu unserer Zeit aber nicht mehr passen. Die großen Volksklassen, auf welchen die Wahlen zur Zweiten Kammer beruhen, umfassen alle Staatsbürger. Die Aristokratie davon ausschließen, heißt sie mit dem Volk in Zwiespalt versetzen und das Kastenwesen unterstützen. Gegenwärtig schon stimmen eine Reihe von Wählern zur Ersten Kammer zugleich mit bei den Wahlen für die Zweite. Die Professoren z. B. der Universitäten wählen einen Vertreter der Universität in die Erste Kammer und stimmen als Urwähler oder Wahlmänner mit bei den Wahlen zur Zweiten Kammer. Die Zahl der Wähler zur Ersten Kammer ist naturgemäß immer eine verschwindend kleine Minderheit in den zahlreichen Versammlungen der Urwahlen. Zu fürchten ist nichts von jenem Element, wenn es gemischt wird mit allen andern Bestandtheilen. Aber die Verbindung mit den Volksklassen ist nützlich, sowohl für die Aristokratie, als für das Volk und den Staat. Daher schlage ich die Ausdehnung des gemeinen Rechts auf alle Klassen vor. Nur versteht sich, und kann gesagt werden, daß Niemand zugleich in beiden Kammern sitzen darf.

Zu §. 10. (Kammerauflösung.) Diese Bestimmung bedarf keiner weitern Begründung. Sie ist an sich klar.

Zu §. 11. (Vereinigte Ausschüsse.) In der bisherigen Organisation des Zweikammersystems der meisten Staaten zeigt sich ein Fehler, welcher der Verbesserung bedarf; denn es ist sicher ein Fehler eines Organismus, wenn die Einheit und Bewegung des Gesammtkörpers durch den dauernden Konflikt seiner Glieder gelähmt werden kann. In England wird der mögliche Konflikt zwischen Ober- und Unterhaus thatsächlich dadurch überwunden, daß alle Parteien von der Nothwendigkeit des Zusammengehens überzeugt sind. Die Auflösung des Unterhauses und der massenhaft angedrohte oder vollzogene Pairsschub im Oberhaus hilft nach und stellt die Einheit her. In den Kontinentalstaaten und vorzüglich in den deutschen Staaten, deren politisches Leben noch jung und unentwickelt ist, haben wir öfter jenen Konflikt der Kammern bis zu einer chronischen schweren Staatskrankheit gesteigert gesehen. In diesem Lande sind wir freilich über diese Gefahr im Großen hinaus, aber im Kleinen und Einzelnen hat sie sich auch schon gezeigt. Sollte nicht in dem Organismus selbst für ein Heilmittel gesorgt werden, welches die Einheit rettet und die Fortentwicklung sichert, ohne die Selbständigkeit der Kammern zu gefährden? Der Vorschlag beabsichtigt, ein solches Heilmittel zur Sprache zu bringen.

Das ist der wesentliche Inhalt der Motion, die ich nochmals geneigter Prüfung und Würdigung empfehle. Durch Nichts kann meines Bedünkens diese Erste Kammer ihre Lebensfrische besser bewahren, als wenn sie das schwerste und seltenste Werk aristokratischer Körper vollbringt, sich selbst zu reformiren. Eine Erste Kammer, welche diese Wunder thut, hat einen gerechten Anspruch auf ein langes, gesundes und kräftiges Leben. —

Graf Hennin ist im Wesentlichen mit den eben gegebenen Grundzügen einverstanden, mit Manchem darin aber auch nicht, indem die Motion auf die historische Berechtigung zu wenig Rücksicht nehme. Er enthält sich jedoch vorerst, weiter hierauf einzugehen und beantragt:

Die Motion nach §. 51 der Geschäftsordnung in Betracht zu nehmen und an eine zu wählende Kommission von fünf Mitgliedern zur Berathung und Berichterstattung zu verweisen.

Graf v. Kageneck unterstützt diesen Antrag.

Frhr. v. Türckheim unterstützt den Antrag gleichfalls, indem er sich vorbehält, einzelne Bedenken im Laufe der Erörterungen geltend zu machen, wünscht aber eine Kommission von sieben Mitgliedern.

Staatsrath Dr. Lamey spricht seinen Dank dafür aus, daß diese Frage aus der Mitte des Hauses selbst in Anregung gebracht worden sei. Er hält es für zweckmäßig, wenn die gestellten Anträge in einer Kommission einer eingehenden Berathung unterzogen werden, und erklärt, daß die Regierung mit Vergnügen den weiteren Erörterungen über dieselben folgen werde.

Der Antrag des Grafen Hennin wird hierauf angenommen.

Das Haus schreitet zu Kommissionswahlen. Gewählt werden:

in die Eisenbahn-Kommission die HH. Frhr. v. Stotzingen, Artaria, Frhr. v. Türckheim,

in die Kommission für die Motion des Geh. Raths Dr. Bluntschli die HH.: Graf v. Hennin, Hofrath Dr. Schmidt, Dennig, Se. Durchlaucht der Fürst zu Löwenstein und Frhr. v. Türckheim,

in die Kommission für die Gesetzentwürfe über die Rechtsverhältnisse und die Besoldung der Richter (an die Stelle des voraussichtlich längere Zeit verhinderten Hrn. Frhrn. v. Göler) Hr. Oberhofgerichts-Advokat Dr. Bertheau.

Auf Antrag Dennig's wird ferner die Budgetkommission um ein Mitglied verstärkt; gewählt wird Hr. Frhr. v. Türckheim.

Schluß der Sitzung.

Baden.

Freiburg, 1. März. Die Verloosung des hiesigen Frauenkomitee's hat nun stattgefunden und ein sehr erfreuliches Resultat ergeben. Im Ganzen sind etwas über 13,000 Loose à 12 kr. verkauft worden, und die Einnahmen betrugen mit der Summe, welche das Eintrittsgeld in die Ausstellung ergab, über 1600 Thlr. pr. Cour.; wir hören, daß die Summe an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein übersandt wird, mit der Bitte, sie zu Gunsten der Schleswiger zu verwenden, welche durch die Beschießung von Missunde, Oeversee, Düppel, Nübel u. s. f. um ihre Habe und ihr Obdach gekommen sind. Die patriotische Aufopferung des Frauenkomitee's, dessen Mitglieder sich der guten Sache mit so großem Eifer annahmen, findet hier allgemeine rühmende Anerkennung. — In der Aula haben seit meinem letzten Briefe Dr. v. Weech und Prof. Bücheler gelesen; Jener führte Bilder aus dem Leben Nürnbergs im 14. und 15. Jahrhundert vor, dieser sprach über die Darstellung der Perserkriege in Kunst und Dichtung der Griechen. Die nächste Vorlesung wird Hofrath v. Woringen halten, der die deutsche Hansa als Gegenstand seines Vortrages gewählt hat.

Vermischte Nachrichten.

— Flensburg, 27. Febr. Das Grab der bei Oeversee gefallenen Krieger befindet sich 15 Schritt von dem alten Standort des Löwen. Es ist ein großer langer Hügel, den ein einfaches Kreuz mit einem Eichenkranz ziert, und darauf stehen die Worte: „6. Febr. 1864."

— Die Zahl der bis jetzt in preußischen Festungen untergebrachten dänischen Gefangenen beläuft sich auf 8 Offiziere und ungefähr 1000 Mann. Davon sind die Offiziere und etwa 450 Mann in Magdeburg, 400 Mann in Wittenberg, und 150 in Küstrin. Auf Spandau, Neiße und Graudenz soll nur für den Fall der Vermehrung der Gefangenen Rücksicht genommen werden.

— Hinrichtung in London. Am 22. Februar Morgens erfreuten sich die Londoner Stadtkinder eines Schauspiels aus der guten alten Zeit, wo das Hängen zur Tagesordnung gehörte, und John Bull, nach Sterne's Ausdruck, sich die Langeweile damit vertrieb. Es wurden nämlich 5 von den 7 zum Tod verurtheilten Matrosen von dem Schiff „The Flowery Land", welche am 10. September v. J. innerhalb des Bereichs brittischer Seejurisdiktion den Kapitän und den Steuermann ihres Fahrzeugs, sowie den Bruder des Kapitäns ermordet hatten, vor dem Kriminalgefängniß Newgate aufgeknüpft. Es waren Spanier aus Manilla, mit Ausnahme eines, der ein Levantiner gewesen sein soll. Die zwei übrigen Verurtheilten haben Aufschub der Strafe erhalten und werden wahrscheinlich zur Deportation begnadigt. Eine ungeheure Volksmenge, zwischen 30- und 40,000, hatte sich hinzugedrängt, um Zeuge der Hinrichtung zu sein. Die angrenzenden Straßen waren schon am Vorabend gegen 10 Uhr vollgepfropft von Leuten, welche für den Preis einer kalten Nacht im Freien den widerwärtigen Anblick nicht zu theuer erkauft dachten, und sich einen „guten Platz" sichern wollten. Wie es unter dem höchst gesitteten und christlichen englischen Volk von je her Brauch, ward am Fuße des Galgens tüchtig gerauft und gestohlen; die Taschendiebe wissen das Gedränge durch gelegentliches Schieben künstlich zu steigern, und die Verwirrung wird dann zum Ausleeren der Taschen benützt. Die Penny-a-liners der Presse unterhalten nachträglich das Publikum mit allerlei Galgenhistörchen: ob die armen Sünder zerknirscht oder verstockt gestorben, ob und wie viel sie noch Branntwein getrunken u. dgl.

Nachschrift.

Telegramme.

△ **Dresden,** 2. März. Das „Dresd. Journ." erklärt die Zeitungsgerüchte in Betreff bevorstehender Ministerveränderungen für unbegründet. — Sonntag 13. d. wird hier eine Landesversammlung wegen Schleswig-Holstein stattfinden.

† **München,** 2. März. Die heutige „Bayer. Ztg." bemerkt gegenüber einer Aeußerung des Hrn. v. Hügel in der württembergischen Zweiten Kammer: Der Bericht des Hrn. v. d. Pfordten über die Erbfolge-Frage sei schon am 5. Febr. hieher gelangt, nachdem am 4. Febr. allen Ausschußmitgliedern — und auch dem württembergischen Gesandten — Exemplare davon mitgetheilt worden seien.

†† **Altona,** 2. März. Der „Schlesw.-Holst. Ztg." zufolge übernimmt der Hauptpastor Rehhoff von Hamburg die Reorganisation des Kirchen- und Schulwesens in Schleswig.

△* **Schleswig,** 2. März. Gestern haben die Dänen die Gehöfte vor der Vorpostenkette niedergebrannt. Heute hat eine scharfe Rekognoszirung gegen Düppel stattgefunden.

Rendsburg, 1. März. (Sch. M.) Ein französischer Militärbevollmächtigter ist aus Berlin im Hauptquartier eingetroffen.

Für die Familie des verunglückten Holzmachers Konrad Werner in Forbach (Aufruf in Nr. 31 der Karlsruher Zeitung) ist weiter eingegangen: Von D. K. D. W. 1 fl.; zusammen 132 fl. 59 kr.

Karlsruhe, den 2. März 1864.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,37'''	+ 4,0	S.W.	ganz bew.	trüb, Nebelregen
Mittags 2 „	„ 10,30'''	+ 6,3	„	„ „	„ frisch
Nachts 9 „	„ 9,83''	+ 4,5	„	„ „	„ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 3. März. 1. Quartal. 32. Abonnementsvorstellung. **Don Carlos;** Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

Freitag 4. März. 1. Quartal. 33. Abonnementsvorstellung. **König Enzio;** Oper in 4 Akten, von Abert.

Z.f.432. Staufen. Entfernten Verwandten und Freunden gebe ich tiefbetrübt Kenntniß von dem heute früh 7 Uhr in Folge eines Herzschlags plötzlich und unerwartet eingetretenen Tode meiner innigstgeliebten Mutter, Medizinalrath Martin Wittwe, Emilie, geb. Knobloch, mit Bitte um stille Theilnahme.

Staufen, den 1. März 1864.

Dr. Martin, Oberarzt.

Z.f.365. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 1. März l. J. an treten für den direkten Verkehr zwischen **Bremerhaven, Geestemünde, Bremen, Sebaldsbrück, Harburg** und **Lüneburg** einerseits und **Basel, Waldshut, Schaffhausen, Konstanz, Romanshorn, Rorschach, Fussach, Bregenz** andersejts via Kassel—Frankfurt—Heidelberg **ermäßigte Transitfrachtsätze** in Wirksamkeit.

Der betr. Tarif kann von den Güterexpeditionen Basel, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz zum Kostenpreise bezogen werden.

Karlsruhe, den 27. Februar 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Schneider.

Z.f.373. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 1. k. Mts. an werden sowohl im Badisch-Württembergischen Wechselverkehr, als auch im Süddeutschen Verbandsverkehr alle jene Güter der II. Tarifklasse, welche bisher nicht schon in eine der bestehenden Wagenladungsklassen eingereiht waren, bei der Aufgabe von ganzen Wagenladungen oder bei Entrichtung der für Wagenladungen festgesetzten Minimalfracht zu den Frachtsätzen der Wagenladungsklasse A befördert.

Karlsruhe, den 29. Februar 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Schneider.

Z.f.184. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

In der Woche vom 3. bis 9. April d. J. werden in dem Leihhaus-Bureau die über 6 Monate verfallenen Pfänder versteigert. Dienstag der 15. März d. J. ist der letzte Tag, an welchem die über 6 Monate verfallenen Pfandscheine zur Verzinsung noch angenommen werden.

Karlsruhe. den 19. Februar 1864.

Leihhaus-Verwaltung.

L. Weeber.

Z.f.429. Hamburg.

Aufforderung.

Herr **Alexander Hirschfeld,** Schauspieler, wird von einer Dame aufgefordert, seinen jetzigen Aufenthalt sofort den Herren **Haasenstein & Vogler** in **Hamburg** zu melden.

Stellegesuch.

Z.f.423. Ein junger Mann aus achtbarer Familie, der seine Lehre in einem Spezerei- und Cigarrengeschäft bestand, der einfachen Buchführung und Korrespondenz mächtig ist, gute Zeugnisse besitzt, etwas französisch spricht, und eine gefällige Hand schreibt, sucht ein, seinen Kenntnissen entsprechendes Engagement.

Gef. Offerten nimmt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 423 entgegen.

Vakante Commisstelle.

Z.f.425. Den Bewerbern um die unter Chiffre K F ausgeschriebene Commisstelle diene zur Nachricht, daß dieselbe besetzt ist.

Z.f.310. **Anzeige.**

Ein von gesetztem Alter im Praktischen und in der Theorie gut erfahrener Maurermeister sucht für in den Mittelrheinkreis eine Anstellung als Bauführer und kann sogleich eintreten. Nähere Auskunft ertheilt die Buchhandlung Hanemann in Rastatt und die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Z.f.437. Karlsruhe. **Ganz frische Schellfische,** Seedorsch, gewäss. Laberdan sind eingetroffen bei **Ph. D. Meyer,** großh. Hoflieferant.

Bei uns hat die Presse verlassen, und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Die

Gewerbe im Großherzogthum Baden.

Ihre

Statistik, ihre Pflege, ihre Erzeugnisse.

Im

Auftrage des grossh. badischen Handelsministeriums

bearbeitet

von **Dr. Rudolph Dietz,**

Geheimem Referendär.

50¼ Bogen gr. 8. Preis broch. 4 fl. In Callico gebunden mit reicher Vergoldung 4 fl. 36 kr.

Der Herr Verfasser spricht sich in dem Vorwort über den Zweck und Inhalt des Buches in folgender Weise aus:

„Aufgabe der vorliegenden Arbeit war, ein möglichst treues Bild des Zustandes der Gewerbe im Großherzogthum Baden am Schlusse des Jahres 1862, zur Zeit der Einführung der Gewerbefreiheit, zu entwerfen.

Im ersten Theile sind die Ergebnisse der Statistik, so weit solche auf die Gewerbe Bezug haben, zusammengestellt, wobei in der Regel bis zum Jahre 1852, in welchem Seine Königliche Hoheit der Großherzog Friedrich die Regierung angetreten haben, zurückgegangen wurde.

Der zweite Theil enthält die Darstellung der Pflege der Gewerbe. Darin sind auch die über den Betrieb der Gewerbe vor dem Eintritt der Gewerbefreiheit bestandenen Normen und die im Wege des Gesetzes und der Verordnung ergangenen, vom 15. Oktober 1862 an giltigen neuen Bestimmungen aufgeführt.

Der dritte Theil umfaßt die Beschreibung und Beurtheilung jener Erzeugnisse der badischen Gewerbe, welche auf der Landes-Industrieausstellung zu Karlsruhe im Jahre 1861 und auf der internationalen Ausstellung zu London im Jahre 1862 zur öffentlichen Schau gebracht worden sind. Beigefügt ist die Geschichte jener gewerblichen Etablissements, worüber die Besitzer auf die ergangene Aufforderung Angaben gemacht haben.

Den Schluß bildet ein Rückblick auf die Entwicklung der Gewerbe im Großherzogthum, woran sich die auf deren weitere Förderung gerichteten Vorschläge anreihen."

Wir fügen dem noch bei, daß die Auszeichnungen, welche den Ausstellern auf den verschiedenen Industrieausstellungen ertheilt worden sind, bei den betreffenden Namen genau angegeben sind, und daß sowohl ein genaues alphabetisches Verzeichniß nach den Namen der Aussteller als auch nach den Wohnorten derselben dem Werke beigegeben ist.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

Z.f.405. **Tübingen.** Bei **L. Fr. Fues** ist so eben erschienen:

„Der Krieg, seine Mittel und Wege",

sowie sein Verhältniß zum Frieden, in den Erlebnissen eines Veteranen, gleichwie in ihren Prinzipien betrachtet. (Die Kehrseite der Schrift: „Das Leben, die Natur und die Wissenschaften". 2te Aufl.)

Von **C. F. C. Pfnor,**

großherzogl. badischem Oberstlieutenant des Armeekorps.

Mit einem Anhang, nebst Steintafel, die Konstruktion eines Feldlagers enthaltend.

gr. 8. broch. 2 fl. 54 kr.

Der Herr Verfasser, durch eine Reihe von Schriften aus dem Gebiete der philosophischen Wissenschaften längst als selbständiger Schriftsteller bekannt, stellt in obigem Werke den Krieg vom rein objektiven Standpunkte als den, durch die allgemeinen Naturgesetze sowohl als durch das Leben der Völker nothwendig bedingten und berechtigten Gegensatz des Friedens dar, und verbindet mit dieser theoretischen Begründung zugleich die praktische Tendenz, über Organisation und Disziplin des Heeres, über Kriegführung und Kriegswissenschaft seine durch lange Erfahrung bewährten Ansichten mitzutheilen.

Diese theoretische und praktische Behandlung des vorliegenden Stoffes tritt in den eigenen Erlebnissen des Verfassers während des Kriegs und Friedens als ein warmes lebensvolles Bild vor die Augen des Lesers, indem es, von echt patriotischem Geiste durchweht, ebenso treu die zu Tage getretenen Schäden aufdeckt, als mit zarter Rücksicht die betreffenden Persönlichkeiten beleuchtet.

Die Schrift dürfte somit nicht allein für den Kriegsmann von Fach, sondern besonders auch für den Staatsmann, sowie für jeden wissenschaftl. Gebildeten ein eigenthümliches Interesse haben.

Einladung zur Versammlung badischer Thierärzte in Oos (bei Baden) den 19. März 1864.

Z.f.427. Wichtige, das thierärztliche Publikum im Großherzogthum interessirende Fragen, deren Lösung beim Herantritte einer für dasselbe epochemachenden Zeit unbedingt nothwendig erscheint, verlangen eine eingreifende, gegenseitige Besprechung der Fachgenossen, und hat man, in der Hoffnung eines allgemeinen Betheiligens, die Eisenbahnstation Oos (als ungefähren Landesmittelpunkt) zum diesmaligen Versammlungsort gewählt, mit der Versicherung, daß für Lokal, Comfort u. s. w. hinreichend Sorge getragen ist.

Die Tagesordnung wird der Versammlung bei deren Eröffnung, Samstag den 19. März 1864, Nachmittags 2 Uhr, mitgetheilt werden.

Achern, **Binz.** Altenheim, **Braun.** Oberkirch, **Eckstein.** Appenweier, **Merkel.** Offenburg, **Metzger.** Bühl, **Veith.** Baden, **A. Lydtin.**

Den 1. März 1864.

Erziehungs- und Bildungsanstalt für Knaben

zu

Kornthal bei Stuttgart.

Z.f.161.

Prospektus und Unterrichtsplan der Erziehungs- und Bildungsanstalt für Knaben zu Kornthal bei Stuttgart, welche unter der Oberaufsicht des kön. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens, und seit 1848 unter der Direktion des Herrn Inspektors **G. Pfleiderer** steht, können unentgeltlich bezogen werden durch die **Chr. Fr. Müller'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.**

Z.f.418. Karlsruhe.

Akkordbegebung.

Nachstehende Bauarbeiten zu Einrichtung eines Saales und Berathungszimmers für das Schöffengericht zu Pforzheim sollen im Soumissionswege in Akkord gegeben werden, als:

Maurerarbeit, im Betrage von	213 fl. 57 kr.
Tüncherarbeit, „ „ „	30 fl. 40 kr.
Schreinerarbeit „ „ „	181 fl. 25 kr.
Schlosserarbeit „ „ „	8 fl. — kr.

Die zu Uebernahme der Arbeiten lustragenden Handwerksleute werden eingeladen, ihre Angebote längstens bis zum

Freitag den 11. März,
Morgens 10 Uhr,

auf der Kanzlei großh. Obereinnehmerei Pforzheim, woselbst die Kostenberechnung zur Einsicht aufgelegt ist, einzureichen, und der Eröffnung derselben anzuwohnen.

Karlsruhe, den 1. März 1864.

Großh. bad. Bezirksbau-Inspektion.

C. Kuentzle.

Z.f.421. Nr. 53. Mühlacker.

Bahnhof Mühlacker.

Akkordvergebung.

Höherer Anordnung zufolge sollen die Arbeiten für Herstellung der Trottoirüberdeckungen auf genanntem Bahnhofe im Soumissionswege, und zwar die Eisenarbeiten sammt Glasbedachungen an einen Uebernehmer, in Akkord gegeben werden.

Die Arbeiten berechnen sich nach dem Voranschlage wie folgt:

1) Maurer- und Steinhauerarbeit	5,250 fl.
2) Eisen und Glas	24,282 fl.
	29,532 fl.

Die Pläne, Arbeitsverzeichnisse und Akkordbedingungen sind von heute an auf dem Baubureau in Mühlacker zur Einsicht aufgelegt, woselbst auch die bezüglichen Angebote, in üblicher Weise ausgefertigt, längstens bis zum Samstag den 12. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, einzureichen sind.

Mühlacker, den 1. März 1864.

Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Karlsruhe.

Hochbau-Abtheilung Mühlacker.

A. A.:

Rack.

Z.f.357. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Aus den Thenenbacher Domänenwaldungen, Distrikt Geiswald, versteigern wir bis

Dienstag den 8. März 1864

gegen baare Bezahlung vor der Abfuhr:

13 Stück forlene Sägklötze, 15 Klftr. buchenes, 8 Klftr. forlenes Scheitholz, 20 Klftr. buchenes, 6 Klftr. forlenes und 6 Klftr. gemischtes Roll- und Prügelholz, 1800 Stück buchene und 800 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Schlag unweit Thenenbach.

Emmendingen, den 27. Februar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

Fischer.

Z.f.416. Karlsruhe. (Holzversteigerung.) Aus großh. Hardtwald, Abthlg. Schmales-Jagen, werden versteigert,

Montag den 7. d. M.:

1 starker eichener, 18 forlene Nutzholz-, 7 tannene Bauholzstämme,
1400 forlene Hopfenstangen, 2000 forlene Baumstickel,
50 Klafter forlenes, 8 Klafter gemischtes Prügelholz,
1½ Klftr. eichenes Stockholz,
9000 forlene Wellen, 12 Loose Schlagraum.

Die Zusammenkunft ist auf dem großen Exerzirplatz bei den Schießmauern früh 9 Uhr.

Karlsruhe, den 1. März 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei Eggenstein.

v. Kleifer.

B.748. Nr. 2602. Donaueschingen. (Bekanntmachung.) In das Firmenregister wurde heute unter Nr. 57 eingetragen die Firma J. Jb. Curta in Hüfingen. Inhaber Kaufmann Johann Jakob Curta in Hüfingen, in dessen Ehevertrag mit Rosine, geb. Waidele, von da vom 3. Oktober 1863 wurde Errungenschaftsgemeinschaft bedungen.

Donaueschingen, den 26. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

E. Wolff.

B.754. Nr. 3551. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Nachdem die Gesellschaft

Nerlinger und Seneca

sich unter dem 15. d. M. aufgelöst hat, übernahm der Gesellschafter Ferdinand Seneca, welcher mit Adolphine, geb. Witzenmann, in einer auf 200 fl. beschränkten Gütergemeinschaft lebt, die in dem vormaligen Promenadehause betriebene Eisen- und Metallgießerei, unter dem Namen: F. Seneca, auf alleinige Rechnung; was hiermit bekannt gemacht wird.

Karlsruhe, den 25. Februar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.

Sachs.

Ziegler.

B.749. Nr. 2250. Lahr. (Bekanntmachung.) Heute wurde bei diesseitigem Gerichte in das Firmenregister unter Ord.-Z. 4 eingetragen, daß die Firma „Eduard Baum in Lahr" auf Adolph des frühern Inhabers auf dessen Wittwe Wilhelmine Baum, geb. Schott, übergegangen ist.

Lahr, den 25. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Stein.

vdt. Ch. Dürr.

Z.e.906. Nr. 2664. Donaueschingen. (Ausschlußerkenntniß.) In der Gant des Joseph Mink von Ippingen werden alle diejenigen Gläubiger, welche in heutiger Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, hiermit von der Masse ausgeschlossen. B. R. W.

Donaueschingen, den 29. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Achert.

Z.e.907. Nr. 2621. Freiburg. (Bekanntmachung.) Zu unserm Fahndungsausschreiben vom 1. d. Mts., Nr. 1631, bemerken wir: Verdacht der Entwendung fraglicher Gegenstände ruht auf Anton Schwarzwälder von St. Georgen, dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist. Sofern dieser im Besitz der entwendeten Sachen betreten werden sollte, wolle er hieher abgeliefert werden.

Freiburg, den 25. Februar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.

Leiblein.

Z.e.914. Nr. 3185. Pforzheim. (Aufforderung und Fahndung.)

J. U. S.

gegen

August Wilhelm Kälber von Pforzheim,

wegen Desertion.

Der Grenadier August Wilhelm Kälber von Pforzheim, welcher unerlaubt abwesend ist, wird anmit aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem vorgesetzten Kommando zu stellen, widrigenfalls er wegen Desertion in die gesetzliche Strafe verfällt und des Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

Signalement.

Alter, 21 Jahre.
Größe, 5' 8" 2'''.
Statur, schlank.
Gesichtsform, länglich.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, braun.
Stirne, gewöhnlich.
Augenbrauen, braun.
Augen, blau.
Nase, groß.
Mund, gewöhnlich.
Bart, schwach.
Kinn, oval,
Zähne, gut.

Pforzheim, den 26. Februar 1864.

Großh. bad. Oberamt.

C. Winter.

Frankfurt, 1. März 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99⅞ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77⅝ P.	„	3½% dto.	— —
„	5% do. 1859 „ „	76¾ b.G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102⅛ P.
„	5% Lomb. i. S.b.R.	— —	„	4½% dto.	101½bG
„	5% Venet.C.b.R.6/7	77¾ G.	„	4% dto.	99⅜ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	64½ G.	„	3½% dto.	— —
„	5% Met.-Obligat.	59 P.	Brschw.	3½% O.b.R.à 105	91½ P.
„	5% do. 1852 C.b.R.	59 P.	Lrbg.	4% O.Fr.à28kr.b.C.	90¼ G.
„	4½% Met.-Oblig.	50⅝ G.	Frankf.	3½% Obligation.	98 b.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% dto.	91½ P.
„	4½% do.	100½ P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	86¼ P.
„	4% do.	94¾ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	85 P.
„	3½% Staatssch.	88¾ G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101¼ P.	„	2% Schuld	45¾ G.
„	4½% ½jährig	101¾ G.	Belgien	4½% O.i.Fr.à28kr.	100 P.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99¾ P.	Schwd.	4½% Obligation.	95⅛ P.
„	4% Ablös.-Rente	99¼ G.	„	4½% Pfbf.b.B.&C.	95¾ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E.O.Fr.à28k.	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105⅜ G.	„	4½% Bern. St.-O.	101⅝ G
„	4% dto.	102⅝ P.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	95¾ P.	„	5% Gf. St.O. Fr. 28	97¼ P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St.i.D.à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	93⅛ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138¾ G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	758 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50 b. G.
3% „ Cred. A. i. O. W.	174½ bG	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78 G.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72⅜ P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	212½ G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81¾ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ P.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100¾ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	93 G.	4% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	78¾ G.
4% Luremb. Bank-Aktien	— —	5% „ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102¾ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	328 G.	4% „ „ „	— —
3½% Frankf. Han. Eisb.-A.	— —	4½% Rhein-Nahed. Pr.-O.	97⅝ G.
5% Oesterr. Staats-Eisb.-A.	187 G.	4½% Frkft.-Han. Prior.-O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	108 G.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	25½ b.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	251 P.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	137½ bG	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Mar.-Esb.-A. b. R.	102¾ G.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	109¼ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	110 P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	148 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125½ P.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	115 G.
„ 250 „ „ 1854	73⅜ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	129½ P.
„ 500 „ v. 1860 6/7	76⅜ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅜ G.
Bad. 50-fl.-Loose	112½ P.
„ 35- „ „	— —
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53½ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132¾ P.
„ 25 „ „ „	37 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36⅜ G.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	60 P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33 G.
3% L. A. b. St. Brüss.	— —
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅞ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅜ G.
Antwerpen	„	93⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ B.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	93⅛ G.
Cöln	„	105 G.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105⅛ G.
London	„	118¼ B.
Mailb. i. Fr. 200	„	92⅝ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	93½ b.
Wien	„	98⅛ b.
Disconto		4% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39½-40½
Preuß. Frd'or.	„	9 55½-56½
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½-45½
Rand-Ducat.	„	5 33 -34
20-Frankenst.	„	9 19½-20½
Engl. Sover.	„	11 44 -48
Gold pr. Zpfd.	„	803 -8
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6 -36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.